



Mosambik 2025

Republik Mosambik

Der Konflikt zwischen Regierungstruppen und der bewaffneten Gruppe Al-Shabaab führte unter anderem zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht. Dazu gehörten die Tötung zahlreicher Zivilpersonen und die Vertreibung von mehr als 330.000 Menschen. Das harte Vorgehen gegen Anhänger*innen der Opposition hielt an, wobei die Polizei unverhältnismäßige Gewalt anwendete, willkürliche Festnahmen vornahm und Menschen verschwinden ließ. Die Polizei versäumte es, die Bevölkerung vor Entführungen durch Kriminelle zu schützen.

Hintergrund

Nach umstrittenen Wahlergebnissen im Oktober 2024 wurde Daniel Chapo am 15. Januar 2025 als Präsident vereidigt. Unruhen im Zusammenhang mit den Wahlen führten zu landesweiten Protesten, die von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen wurden; bis Ende Januar 2025 waren dabei mindestens 277 Menschen ums Leben gekommen. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Venâncio Mondlane erkannte die Ergebnisse nicht an.

Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Der bewaffnete Konflikt in der Provinz Cabo Delgado zwischen den mosambikanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräften (FDS) und ihren Verbündeten einerseits und der bewaffneten Gruppe *Al-Shabaab* andererseits griff im November auf die Provinz Nampula über. Der Konflikt führte zu zahlreichen Todesopfern unter der Zivilbevölkerung, vor allem in Cabo Delgado. Beide Seiten waren für die Tötung von Zivilpersonen, die Zerstörung von zivilem Eigentum und die Vertreibung von mehr als 330.000 Menschen verantwortlich.

Bewaffnete Gruppen

Al-Shabaab verübte Dutzende Angriffe auf Zivilpersonen, tötete zahlreiche Menschen, nahm Dutzende als Geiseln, zerstörte Dutzende Häuser und verursachte Massenvertreibungen.

Zwischen dem 23. Januar und dem 4. März befanden sich mindestens 11 Kinder unter den Geiseln in den Dörfern Mumu und Chibau im Bezirk Mocimboa da Praia. Vier der Kinder aus Chibau wurden kurz nach der Geiselnahme freigelassen. Ebenfalls im März wurden bei einem Angriff im selben Bezirk zwischen den Dörfern Chinda und Mbau drei Menschen getötet. Drei weitere Menschen wurden im Dorf Xitaxi im Bezirk Muidumbe getötet, während im Bezirk Meluco 70 Häuser niedergebrannt und ein Mann getötet wurden.



Im April wurde ein Lehrer im Dorf Ntotwe im Bezirk Mocímboa da Praia durch Enthauptung getötet. Berichten zufolge wurden mehrere Menschen als Geiseln genommen, nachdem Kämpfer*innen Häuser im Dorf Namoro im Bezirk Montepuez in Brand gesetzt hatten. Ein Angriff auf das Dorf Muaja im Bezirk Ancuabe führte zur Massenflucht vieler seiner Bewohner*innen, darunter vor allem Frauen.

Am 11. Mai wurden bei einem Angriff auf das Dorf Magaia im Bezirk Muidumbe drei Mädchen getötet und acht weitere Kinder als Geiseln genommen. Ihr Verbleib blieb unbekannt.

Am 21. Juli wurden im Bezirk Ancuabe vier Bäuer*innen enthauptet. Am nächsten Tag wurden bei einem Angriff in der Nähe des Dorfes Nathocua mindestens sechs Zivilpersonen getötet. Zwischen dem 24. Juli und dem 3. August führten sechs Angriffe im Bezirk Chiúre zum Tod von mindestens vier Zivilpersonen und zur Vertreibung von fast 52.000 Menschen.

Ebenfalls im August wurden zwei Zivilpersonen im Kreuzfeuer zwischen *Al-Shabaab* und den FDS im Dorf Nangumi im Bezirk Macomia getötet. Weitere sechs Zivilpersonen wurden von *Al-Shabaab* im Dorf Uvilili im Bezirk Palma und im Dorf Mapate im Bezirk Muidumbe getötet.

Im September wurden vier Menschen, darunter mutmaßlich zwei Polizeibeamt*innen, im Bezirk Mocímboa da Praia getötet, nachdem *Al-Shabaab* sie aus ihren Häusern geholt hatte. Fünf Zivilpersonen wurden im Stadtteil Filipe Nyusi der Stadt Mocímboa da Praia getötet. Ein Lebensmittelgeschäft im Bezirk Nangade wurde geplündert. Drei als Geiseln genommene Zivilpersonen wurden dazu missbraucht, die gestohlenen Waren zu transportieren. Mindestens vier Zivilpersonen wurden getötet und zwei Kinder im Stadtteil Nanga der Stadt Macomia als Geiseln genommen. Ihr Verbleib blieb unbekannt.

Zwischen dem 10. und 21. November verübte *Al-Shabaab* mindestens 13 Angriffe im Bezirk Memba der Provinz Nampula, bei denen mindestens 21 Zivilpersonen getötet und über 66.000 Menschen vertrieben wurden.

Im Dezember führten Zusammenstöße zwischen den ruandischen Streitkräften, Verbündeten der FDS, und *Al-Shabaab* in Simbolongo, einem Gebiet im Bezirk Macomia, zu mindestens 35 Todesopfern, darunter auch Zivilpersonen.

Regierungstruppen

Am 22. August töteten Regierungssseestreitkräfte Berichten zufolge mindestens fünf Zivilpersonen auf einem Segelboot vor der Küste zwischen den Distrikten Macomia und Ibo. Glaubwürdigen Quellen zufolge feuerten sie auf das Boot, nachdem sie unbestätigte Informationen über die Entführung eines mit Lebensmitteln beladenen Bootes durch *Al-Shabaab* erhalten hatten. Die Leichen wurden später von Fischern an der Küste zwischen den Dörfern Goludo und Crimize gefunden. Es wurde keine Untersuchung des Vorfalls angekündigt.

Am 29. Dezember wurden Zivilpersonen im Bezirk Mogovola in der Provinz Nampula getötet. Obwohl die Behörden nur sieben Todesfälle bestätigten, sprachen Quellen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen von 13 bis 38 Todesopfern, darunter ein Polizeibeamter. Die meisten Tötungen wurden von den FDS begangen, als diese versuchten, den Kleinbergbau zu unterbinden.



Unrechtmäßige Gewaltanwendung

Bei einer Protestkundgebung in der Hauptstadt Maputo gegen die Amtseinführung von Daniel Chapo als Präsident am 15. Januar schlugen Beamt*innen der Schnelleingreiftruppe (UIR) Vanilda Fernando Mondlane. Glaubwürdigen Quellen zufolge wurden an diesem Tag in den Städten Matola und Nampula zehn Menschen von UIR-Beamt*innen erschossen.

Am 24. Februar töteten UIR-Beamt*innen einen Passanten und verletzten einen weiteren Mann, als sie Schüsse in die Luft abfeuerten, um Plünderungen und die Brandstiftung am Hauptsitz der regierenden Partei Front für die Befreiung Mosambiks im Bezirk Morrumbene zu stoppen.

Am 5. März setzten UIR-Beamt*innen scharfe Munition und Tränengas ein, um Menschenmengen zu zerstreuen, die dem Konvoi von Venâncio Mondlane im Stadtteil Hulene in Maputo folgten, wobei mindestens drei Menschen, darunter zwei Kinder, verletzt wurden. Knapp zwei Wochen später setzten sie scharfe Munition gegen eine Demonstration von Anhänger*innen der Opposition ein und töteten einen Mann im Stadtteil Casa Branca der Stadt Matola.

Verschleppungen

Das Schicksal und der Verbleib des Journalisten Arlindo Chissale, eines Anhängers von Venâncio Mondlane, blieben ungeklärt, seit er am 7. Januar auf dem Weg zur Arbeit von mutmaßlichen Militärangehörigen gewaltsam verschleppt wurde, nachdem er Morddrohungen von unbekannten Männern erhalten hatte. Das Ergebnis einer offenbar von den Nationalen Kriminalpolizeidiensten durchgeführten Untersuchung seines Verschwindens wurde nicht veröffentlicht.

Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen

Am 12. März wurde Glória Monteiro Nobre Chire, die Finanzmanagerin von Venâncio Mondlane, festgenommen und zur 8. Polizeistation in Maputo gebracht. Sie wurde wegen „Verbrechen gegen die Staatssicherheit“ und „krimineller Verschwörung“ angeklagt und durfte weder ihren Anwalt noch ihre Familienangehörigen sehen. Aufgrund unzureichender Beweise wurde sie am 4. September freigelassen.

Meinungsfreiheit

Im Februar sperrte das Nationale Kommunikationsinstitut Mosambiks die Radiosender *Vida* und *Encontro* in der Stadt Nampula für 48 Stunden. Es behauptete, ihre Sendungen würden die Verbindung zwischen dem Kontrollturm des örtlichen Flughafens und den Flugzeugen stören. Mindestens einer der Sender – Radio Encontro – war dafür bekannt, der Regierung und den Wahlen 2024 kritisch gegenüberzustehen.

Im Juni wurden im Bezirk Muidumbe in Cabo Delgado etwa 16 Journalist*innen von den FDS festgenommen und ihre Ausrüstung beschlagnahmt. Sie wurden im nahegelegenen Bezirk Macomia zwei Stunden lang verhört und eingeschüchtert, weil sie kurz zuvor versucht hatten, die Zerstörung



öffentlicher Infrastruktur in Macomia während bewaffneter Konflikte zu fotografieren. Der Bezirksverwalter hatte den Journalist*innen zuvor die Erlaubnis erteilt, Fotos zu machen.

Recht auf Leben und Sicherheit der Person

Die Behörden haben keine angemessenen Maßnahmen ergriffen, um die sichere Freilassung von acht Männern zu gewährleisten, die zwischen Januar und Oktober von unbekannten bewaffneten Kriminellen entführt worden waren, die Lösegeld forderten. Fünf von ihnen wurden in der Stadt Maputo entführt; drei davon innerhalb eines Zeitraums von etwas mehr als fünf Wochen zwischen Januar und Februar.